



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

10. Jahrgang, Nummer 03 / 2013

Liebe Leserinnen und Leser,

„Gegenstrom.13“, ein Bündnis verschiedener Umweltorganisationen, dem auch der BBU angehört, engagiert sich mächtig gegen die Inbetriebnahme des Kohlkraftwerks Moorburg. Das Kraftwerk soll nach dem Willen des Betreibers Vattenfall ab 2014 jährlich bis zu 12 Mio. Tonnen Kohle aus Kolumbien verfeuern, die dort unter menschenunwürdigen und katastrophalen ökologischen Bedingungen abgebaut werden. Der für die Bundesrepublik überflüssige Strom soll gewinnbringend ins Ausland



verkauft werden. Gegen diese unsinnige Politik von Vattenfall richtet sich eine Schiffsdemonstration und Elbblockade, die am 10. Mai im Rahmen des Hafengeburtstages stattfinden wird. Damit soll in unmittelbarer Nachbarschaft von Moorburg ein kräftiges Protestzeichen gesetzt werden. Der BBU ruft zur Teilnahme an dem Protest auf. Weitere Informationen dazu unter www.gegenstrom13.de.

Und in der Energiepolitik gibt es nach wie vor viele weitere Baustellen. Noch immer ist umfangreicher Widerstand gegen Fracking dringend erforderlich. Und auch der Atomindustrie muss weiterhin mächtig auf die Finger geklopft werden. In Gronau wird weiterhin Uran für AKW in aller Welt vorbereitet und die Debatte um das Endlagersuchgesetz verdeutlicht besonders: Es darf kein weiterer Atom Müll produziert werden – Atomausstieg jetzt sofort!

Mehr zu diesen Themen findet Ihr wieder im BBU-Newsletter.

Und wieder einmal die Bitte: Wenn Ihr auch der Meinung seid, dass auf die engagierte Arbeit des BBU nicht verzichtet werden kann, dann beglückt das BBU-Spendenkonto mit einer kleinen oder größeren Spende: Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, BLZ 37050198, Kontonummer: 19002666. Und wer noch nicht Mitglied im BBU ist, kann das schnell ändern. Bürgerinitiativen und Umweltgruppen, aber auch Privatpersonen, können dem BBU beitreten. Aufnahmeanträge findet man hier: <http://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>

Die BBU-Geschäftsstelle, der BBU-Vorstand und die BBU-Newsletterredaktion wünschen Euch trotz der zahlreichen Umweltprobleme einen angenehmen Wonnemonat Mai.

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Tag der Erde: BBU ruft BürgerInnen zur Mitarbeit in Bürgerinitiativen und Umweltverbänden auf

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat heute in Bonn zu mehr Engagement für den Umweltschutz aufgerufen. "Es gibt immer wieder neue Gefahren für die Umwelt, aber auch für die Gesundheit. Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger sind leider der Meinung, dass man als einzelne Person keine Umweltprobleme lösen kann. Es ist daher wichtig, sich gemeinsam zu engagieren und in Bürgerinitiativen und Umweltverbänden aktiv zu werden. Dann sind Erfolge möglich", so Udo Buchholz vom Vorstand des BBU. Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn.

Aktueller Anlass des BBU für den Aufruf zu mehr Umweltengagement ist der heutige "Tag der Erde". Ursprünge des besonderen Aktionstages waren Aktivitäten der amerikanischen Studentenbewegung im Jahr 1970. Am 25. "Tag der Erde" im Jahr 1995 wurden weltweit 200 Millionen Menschen aktiv. Heute finden zum "Tag der Erde" in über 150 Ländern Aktivitäten statt.

Der BBU wirft die Frage auf: "Wie würde unsere Welt ohne aktive Umwelt- und NaturschützerInnen, ohne Bürgerinitiativen und ohne engagierte, unabhängige Umweltverbände aussehen? Vermutlich wären noch mehr Atomkraftwerke und Atomanlagen am Netz. Es würden noch mehr Kohlekraftwerke gebaut. Niemand würde gegen Massentierhaltung protestieren. Die Qualität der Luft und der Gewässer wäre schlechter als heute.

Der BBU ist in seiner Funktion als bundesweiter Dachverband darum bemüht, örtlich und regional aktiven Bürgerinitiativen und Aktionsgruppen im Umweltbereich den Rücken zu stärken. Der bundesweit tätige Verband ist bei der

Gründung neuer Bürgerinitiativen gerne behilflich und neue Initiativen, aber auch Privatpersonen, sind als Mitglieder im BBU willkommen.

Zur Vernetzung erscheint monatlich der elektronische BBU-Newsletter, in dem Hintergrundinformationen und Aktionstermine veröffentlicht werden. Der Bezug ist kostenlos und ältere Ausgaben können auf der BBU-Internetseite nachgelesen werden: www.bbu-online.de. Zur Finanzierung seiner vielfältigen und engagierten Arbeit bittet der BBU um kleine und große Spenden. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, BLZ 37050198, Kontonummer: 19002666.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 22.04.2013.

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/22.04.13.html>

2. Themenbereiche

Atomindustrie

Anti-Atomkraft-Initiativen: Solidarität mit russischen UmweltschützerInnen

Anti-Atomkraft-Initiativen und Umweltverbände fordern von der russischen Regierung die sofortige Einstellung sämtlicher staatlicher Repressionsmaßnahmen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen sowie eine Aufhebung der 2012 erlassenen diskriminierenden Gesetze, z. B. in Bezug auf die Registrierung als „Agenten“. Aktuell fanden auch bei Umweltorganisationen wie der Ökologischen Baikalwelle in Irkutsk sowie Bellona in St. Petersburg staatliche Durchsuchungen statt. Weitere Durchsuchungen sind zu befürchten. Zugleich fordern die deutschen Organisationen die Bundesregierung auf, sich bei der russischen Regierung energisch für die Wahrung der demokratischen Grundrechte einzusetzen.

Anti-Atomkraft-Initiativen in Deutschland arbeiten schon seit Jahren sehr eng und vertrauensvoll mit russischen Partnerorganisationen wie Ecodefense in Moskau, Ecoperestroika und Bellona in St. Petersburg, der Ökologischen Baikalwelle in Irkutsk sowie UmweltschützerInnen in Angarsk zusammen.

Die jetzigen staatlichen Repressionsmaßnahmen und Gesetzesverschärfungen gefährden diese demokratische Arbeit und bedrohen die russischen Umwelt- und Menschenrechtsinitiativen in ihrer Existenz. Die Maßnahmen sind in keiner Weise mit demokratischen Grundrechtsprinzipien in Einklang zu bringen. Mehrere russische zivilgesellschaftliche Organisationen haben deshalb gegen die neue Registrierungspflicht als „Agenten“ Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht.

Wir unterstützen die Arbeit unserer russischen Partnerorganisationen in vollem Umfang und erklären uns solidarisch. Wir werden die weitere Entwicklung in Russland sehr genau verfolgen und weiterhin vertrauensvoll mit unseren Partnerorganisationen zusammenarbeiten.

Diese Erklärung wird unterstützt von: Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster, Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ Jülich, Initiative „Kein Castor nach Ahaus“, Urgewald, BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Contratom, Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad

Aus einer gemeinsamen Presseerklärung vom 03.04.2013

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/03.04.13.pdf>

Uranabbau in Tansania

Seit Januar 2013 hat sich in Tansania, Region Bahi, eine Situation immer mehr zugespitzt, in der die Gesundheit von Menschen geschädigt wird und Personen, die Aufklärung und Abhilfe verlangten, von Behörden abgewiesen, als auch verfolgt und bedroht wurden.

In der Heimatregion von Anthony Lyamunda, in Bahi, Zentraltanzania, erkrankten seit Januar immer wieder Menschen beim Reispflanzen (jetzt ist Regenzeit) an erheblichen Hautproblemen an Armen und Beinen, die offenbar durch massiv verschmutztes Wasser verursacht wurden; außerdem kam es zu beträchtlichen Augenschäden, die bis zur Erblindung führen können bzw. in einigen Fällen geführt haben.

Die tansanischen Behörden, insbesondere die lokalen Behörden, weigern sich, die Probleme zur Kenntnis zu nehmen, die Ursachen zu untersuchen und Abhilfe zu schaffen. Mehr noch, sie behinderten Anthony und die NGO CESOPE bei ihrer Arbeit, Anthony wurde verfolgt, schließlich wurde er bedroht und die Polizei (!) teilte ihm mit, sie könne seine Sicherheit nicht mehr garantieren (und empfahl ihm das Tragen einer Waffe!).

Es gibt Vermutungen, dass die Gesundheitsschäden durch Explorationsbohrungen nach Uran verursacht wurden, die wenige Monate vorher (Nov. / Dez. 2012) in der Region stattgefunden hatten; eventuell enthalten Bohrschmiermittel gefährliche Chemikalien, die die Gesundheitsschäden verursachen; diese waren möglicherweise unsachgemäß entsorgt worden. Eine ernsthafte Untersuchung des Wassers auf mögliche Kontaminanten steht nach wie vor aus - die Behörden sind daran offensichtlich nicht interessiert. Eventuell fürchten sie, dass dadurch der beabsichtigte Uranbergbau in Verruf geraten würde.

Die Gesundheitsschäden sind verschiedentlich dokumentiert und der Sachverhalt ist bereits im tansanischen Fernsehen und in der Presse aufgegriffen worden. Anthony weilt derzeit in Deutschland, wir sind sehr daran interessiert, die Problematik in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Wir organisieren eine Vortrags-Tour: Wenn Sie / Ihr die Möglichkeit haben, eine öffentlichen Veranstaltung zu organisieren, kontaktieren Sie uns bitte (martinkurz1@gmx.de oder gunterwippel@aol.com) für Terminabsprachen.

Aktuelle Veranstaltungstermine werden veröffentlicht auf www.uranium-network.org bzw. auf der Webseite des BBU. Günter Wippel, www.uranium-network.org, 04.04.2013

Urananreicherung in Gronau ist mit Risiken behaftet

Der Betrieb der einzigen deutschen Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau ist mit verschiedenen Gefahren und Risiken behaftet. Das hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) betont. Die Anlage ist in Teilen bereits fast 30 Jahre alt. Vor drei Jahren hat sich in ihr der bisher schwerste Unfall ereignet. Die Anlage ist nicht gegen Flugzeugabstürze gesichert und das Entsorgungsproblem ist ungelöst.

NRW-Wirtschaftsminister Duin hatte am Donnerstag bekannt gegeben, dass die Anlage die vorgezogene Sicherheitsüberprüfung positiv überstanden habe. Der BBU zweifelt an der Sicherheit und wird weiterhin gegen die Anlage, die Uran für Atomkraftwerke in aller Welt vorbereitet, demonstrieren.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 12.04.2013

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/12.04.13.html>

Endlagersuchgesetz: Stellungnahme innerhalb von zwei Tagen unmöglich Sonntag (21.04.)

In einem Schreiben an das Bundesumweltministerium hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) als Dachverband zahlbezüglich der Verbände dem Bundesumweltministerium hat Montag (15. April) eine Stellungnahme In dem Schreiben des unangemessen und vergleichbarer Fall ist Rede sein." Der BBU betroffenen



reicher Bürgerinitiativen und Verbände gegen die Fristsetzung deanhörung zum Endlagersuchgesetz protestiert. Das Bundesum dem BBU und anderen Organisationen in einem Schreiben vom 2013) nur zwei Tage Zeit eingeräumt, also bis zum 17. April, um zum Endlagersuchgesetz (75 Seiten) abzugeben.

BBU heißt es: "Eine zweitägige Frist ist in der Sache brüskiert die Anti-Atomkraft- und Umweltschutzbewegung. Ein uns nicht bekannt. Von einem transparenten Verfahren kann keine beantragt, dass das Ministerium "den Verbänden, aber auch den Bürgerinitiativen, eine angemessene Frist von wenigstens vier

Wochen zur Stellungnahme" eingeräumt wird.

Udo Buchholz vom Vorstand des BBU erklärt empört: "Innerhalb von zwei Tagen kann man sich noch nicht einmal einen Überblick darüber verschaffen, welche Atommüllmengen sich derzeit verstreut im ganzen Bundesgebiet befinden: In Atomkraftwerken, in den sogenannten zentralen und dezentralen "Zwischenlagern", bei der Uranfabrik in Gronau, an den Atomforschungszentren usw. Hinzu kommt bundesdeutscher Atommüll, der sich derzeit u. a. in Russland und Frankreich befindet."

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 17.04.2013

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/17.04.13.html>

Offener Brief zur 3. Abbaugenehmigung KWO

Sehr geehrter Herr Minister Untersteller,

bisher liegen die Antworten zu den in Zusammenhang mit der Informationsveranstaltung am 24. Juli 2012 schriftlich eingereichten Einwendungen noch nicht vollständig vor. Daran zeigt sich, dass eine Öffentlichkeitsbeteiligung nach Atomrecht zur 3. Abbaugenehmigung absolut sinnvoll wäre. Die im vergangenen Juli durchgeführte Informationsveranstaltung könnte als Vorbereitung einer formellen Öffentlichkeitsbeteiligung fungieren und wäre damit auch eine Verbesserung des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens.

Sie haben selbst mehrfach betont, dass mit der anstehenden 3. Abbaugenehmigung die am höchsten radioaktiv belasteten Teile des Atomkraftwerks Obrigheim betroffen sind. Und Sie wollten dazu ein neues Verfahren zur Bürgerbeteiligung ausprobieren, das gegenüber der Öffentlichkeitsbeteiligung nach Atomrechtlicher Verfahrensverordnung eine Verbesserung sein sollte. Die entsprechende Umsetzung steht noch aus. Die BürgerInnen hatten bisher keine Möglichkeit, bei einem Erörterungstermin mit den Fachleuten der Genehmigungsbehörde und des Betreibers über die Einwendungen zu diskutieren.

Wir fordern Sie nochmals auf, Ihren Ermessensspielraum zu nutzen und für die 3. Abbaugenehmigung eine formelle Öffentlichkeitsbeteiligung nach Atomrecht durchzuführen. Wir fordern Sie weiter dazu auf, die 3. AG erst zu erteilen, wenn die Brennelemente aus der Anlage entfernt und ins neu zu errichtende Standort-Zwischenlager in Obrigheim verlegt sind.

Es ist zwar begrüßenswert, wenn ohne konkreten Anlass Bürgertische zu verschiedenen Umweltthemen initiiert werden, um Ideen zu sammeln. Aber noch schöner wäre, wenn auch da, wo die BürgerInnen bei konkreten Projekten einbezogen werden wollen, dies ermöglicht würde. Gerade auch, weil dies im Atomrecht bereits verankert ist. Gegen eine Verbesserung des dort vorgesehenen Verfahrens haben wir nichts einzuwenden.

Mit freundlichen Grüßen

Gertrud Patan für die Initiative AtomErbe Obrigheim

(Anm. der Redaktion: Die Initiative hat Mitte April an den Minister geschrieben. Mehr zu Obrigheim unter

<http://www.atomerbe-obrigheim.de/>).

Atomkraftgegner kritisieren Urenco-Verkaufspläne:

Anti-Atomkraft-Initiativen und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) kritisieren die aktuellen Verkaufspläne für die Urananreicherungsfirma Urenco. Nachdem die britische Regierung angekündigt hat, rund 3,5 Mrd. Euro aus dem Verkauf ihrer Drittelbeteiligung an Urenco erzielen zu wollen, fürchten die AtomkraftgegnerInnen nun, dass mögliche Käufer für diesen sehr hohen Verkaufspreis von den jetzigen Urenco-Eigentümern – neben dem britischen Staat auch der niederländische Staat sowie EON und RWE – möglicherweise schwerwiegende Zugeständnisse verlangen könnten. Auch die Bundesregierung sitzt als Vetomacht mit am Verhandlungstisch, weil Urenco in

Gronau eine Urananreicherungsanlage betreibt und in Gronau und Jülich zusammen mit Areva Urananreicherungs-Zentrifugen entwickelt und baut.

Mögliche Streitpunkte beim Verkauf dürften die militärisch relevanten Aspekte der Urananreicherung sein, also der uneingeschränkte Zugang zu der sehr brisanten Zentrifugen-Technik sowie die mögliche Weiterverbreitung der für den Atombombenbau geeigneten Urananreicherungstechnologie. Erst kürzlich hatte der Chef der Bundes-Entsorgungskommission, Michael Sailer, erklärt: „Die Urananreicherung ist der schnellste Weg zur Atombombe.“

Weitere Zugeständnisse könnten darin bestehen, dass die Bundesregierung ihr bisheriges Veto- und Mitspracherecht bei Urenco-Verkaufsentscheidungen aufgeben muss. Ein dritter Punkt könnte in der Übernahme der Entsorgungsverpflichtungen für den in Gronau anfallenden Uranmüll durch die Bundes- und die Landesregierung bestehen. Damit kämen auf die deutschen SteuerzahlerInnen unabsehbare Probleme und Kosten zu.

Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung des Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, des BBU und des AKU Gronau vom 22.04.2013.

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/22.041.13.html>

BBU solidarisiert sich mit Blockade am AKW Neckarwestheim

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz hat anlässlich der heutigen Blockadeaktion am Atomkraftwerk Neckarwestheim seine Forderung nach der sofortigen Stilllegung aller Atomanlagen und Atomkraftwerke (AKW) bekräftigt. Gleichzeitig solidarisierte sich der Verband mit den Aktiven vor Ort in Neckarwestheim, die seit den frühen Morgenstunden die Zufahrt des Atomkraftwerks Neckarwestheim blockieren. „Von einem echten Atomausstieg sind wir auch in der Bundesrepublik Deutschland noch ein ganzes Stück entfernt. Darum wird es immer wieder herausragende Aktionen der Anti-Atomkraft-Bewegung geben. Mal große Demonstrationen wie zu den Tschernobyl- und Fukushima-Jahrestagen, mal kleinere Aktionen mit wenigen Aktiven aber mit großer Wirkung so wie heute in Neckarwestheim“, so Udo Buchholz vom BBU-Vorstand.

Empört ist der BBU darüber, dass trotz der Polizeipräsenz am AKW ein Autofahrer gezielt in die Blockade fahren und dabei mehrere Personen verletzen konnte. In einer Erklärung des Aktionsbündnis CASTOR-Widerstand Neckarwestheim heißt es dazu: „Er fuhr dabei ohne Rücksicht zu nehmen in die auf der Zufahrt befindlichen DemonstrantInnen. Trotz der Aufforderung, den Wagen zu stoppen, gab er erneut Gas und setzte mehrmals vor und zurück. Hierbei zogen sich mehrere Personen Prellungen zu, einem Demonstranten fuhr er trotz Warnrufen über den Fuß. Die direkt dabeistehende beobachtende Polizei griff nicht ein, erst nach massiver Aufforderung durch die DemonstrantInnen führte die Polizei eine Personalienfeststellung bei dem Amokfahrer durch. Hierbei bezeichnete dieser die anwesenden DemonstrantInnen als "Pack, von dem er genug habe". Von Seiten des Verletzten wurde Anzeige gegen PKW-Fahrer erstattet. Zum Zeitpunkt dieser Erklärung dauert die Blockade weiter an.“ Informationen über die Gefahren des AKW Neckarwestheim und über den Widerstand dagegen gibt es u. a. beim Aktionsbündnis CASTOR-Widerstand Neckarwestheim, Info-Tel 07141 / 903363, www.neckarwestheim.antiatom.net, und beim Bund der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar, 0173-73 97 214, www.bbmn.de.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 29.04.2013.

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/29.041.13.html>

Fracking

BBU kritisiert Äußerungen von EU-Energiekommissar Oettinger zu Fracking

Als Ausdruck einer Politik, die nichts aus den katastrophalen Erfahrungen mit Umwelt zerstörenden Großprojekten gelernt hat, hat der BBU die jüngsten Äußerungen des EU-Kommissars Günther Oettinger kritisiert. Oettinger hatte die derzeitige Debatte über Fracking abgelehnt, da sie zu einem Aus der Umwelt zerstörenden Technologie führen könne.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Oettinger hat aus Ereignissen wie der Reaktorkatastrophe von Fukushima nichts gelernt. Spätestens dieses Ereignis hätte ihm zeigen müssen, dass der Einsatz von Risikotechnologien wie Fracking oder Carbon Capture and Storage aufgrund ihrer großflächigen Umweltschäden nicht verantwortbar ist. Dies ist nicht das Ergebnis einer emotionalen Debatte, wie Oettinger behauptet, sondern die Konsequenz naturwissenschaftlicher Fakten, die sich aus Schadensereignissen und Gutachten ergeben.“

Empörend findet es der BBU, dass Oettinger den Menschen in diesem Zusammenhang empfiehlt, Zumutungen in Kauf zu nehmen und Risiken im Interesse der „Wettbewerbsfähigkeit“ einzugehen. Damit stellt er die Gesundheit der Bevölkerung und den Schutz der Umwelt zu Gunsten eines abstrakten Marktes und der Interessen der Industrie zur Disposition. Dies ist das Gegenteil einer nachhaltigen Politik.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 02.04.2013.

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/02.04.13.pdf>

BBU fordert Konsequenzen aus dem Störfall in Arkansas: Sicherheitsstandards von Exxon in Deutschland müssen auf den Prüfstand

Nach dem Bruch einer Pipeline der Firma Exxon in Arkanas (USA), bei dem hunderttausende Liter Öl ausgelaufen sind, fordert der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) Exxon auf, seine technischen Sicherheitsmaßnahmen und ihre Sicherheitskultur in Deutschland für die gesamte Öffentlichkeit offenzulegen. Dies kann nicht nur Ölpipelines betreffen, sondern muss alle technischen Anlagen und Verfahren umfassen. Insbesondere muss dies für das Fracking-Verfahren gelten, dass Exxon in Deutschland forciert.

Der BBU unterstützt das Anliegen der Bürgerbewegung, die in Mayflower im US-Staat Arkansas eine Petition gegen das Verhalten von Exxon initiiert hat und rückhaltlos informiert werden will. Dort wurden hunderttausende Liter Öl freigesetzt, das durch die Straßen floss und einen nahegelegenen See mit einem schwarzen Film überdeckte. Während etliche Anwohner evakuiert wurden, warten alle Betroffenen auf eine umfassende Information von Exxon. Ihre Petition kann unterschrieben werden unter

http://action.sumofus.org/a/exxon-spill/1/1/?akid=1489.828172.P1C_Xz&rd=1&sub=fwd&t=2

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 05.04.2013.

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/05.04.13.html>

Fracking-Vorstoß zurückgewiesen - Bürger sollen ihr Trinkwasser freikaufen!

(18.04.2013) Vertreter von Bürgerinitiativen weisen den Vorstoß des CDU-Wirtschaftsrats, doch noch eiligst eine Regelung zum Fracking zu etablieren, als verfehlt zurück. Die von Altmaier und Rösler vorgelegten Entwürfe greifen die mit der unkonventionellen Gasförderung verbundenen Risiken nur unzureichend auf. Ein Ausschluss des Frackings erfolgt lediglich in Wasserschutzgebieten, während eine Vielzahl von Eigenversorgern vom Gartenbesitzer bis hin zu Molkereien und Brauereien um ihr Wasser fürchten muss. Sollte eine Wasserbehörde weitergehende Beschränkungen außerhalb von Schutzgebieten erlassen, so sieht der Entwurf Schadensersatz durch den begünstigten Brunnenbetreiber vor. Der Bürger muss sich letztlich über die Wasserrechnung sein Lebenselixier vom Gaskonzern freikaufen!

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass der CDU-Wirtschaftsrat eine angeblich unsachliche Debatte anprangert, während er zugleich selbst in seiner Argumentation pro Fracking fundierten Boden verlässt. So bewirbt der Wirtschaftsrat Schiefergas als klimafreundliche Energiequelle, während selbst das Exxon-Gutachten eine Klimabilanz nahe der Steinkohle ausweist. Neuere, sich bestätigende Studien aus den USA weisen zudem für Schiefergas eine deutlich höhere als bislang bekannte Emission an Methan aus. Dieses besitzt gegenüber CO₂ 25fache Treibhauswirkung, womit die Bilanz am Ende gravierend schlechter im Vergleich zu Kohle ausfällt.

Auch das vom Wirtschaftsrat herausgestellte Vetorecht der Wasserbehörde entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Farce, muss doch die untere Wasserbehörde den Gewässerkundlichen Landesdienst beteiligen. Dieser wird wiederum von den Bergbehörden verkörpert, womit jene sich letztlich die Antworten der Wasserbehörden faktisch selbst schreiben. Folgt ein Landkreis nicht diesem Vorschlag, wird unverhohlen mit Schadensersatz gedroht, wie jüngst im Landkreis Diepholz geschehen.

Aus einer gemeinschaftlichen Pressemitteilung gegen Fracking vom 18.04.2013

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/18.04.13.html>



Den dritten Versuch der Behandlung des Fracking-Rechts im Bundeskabinett jetzt abwenden – BBU appelliert an die Standhaftigkeit von kritischen CDU/CSU-Politikern

Als skandalösen Versuch der FDP, kurz vor Ablauf der jetzigen Legislaturperiode des Deutschen Bundestages das Paket zum Fracking-Recht gegen den Willen der Bevölkerung, der Opposition und vieler CDU/CSU-Politiker durchzupreitschen, bewertet der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) die neuesten Entwicklungen in der Regierungskoalition. Nachdem die Behandlung des Fracking-Rechts im Bundeskabinett zweimal gescheitert war, soll jetzt auf Biegen und Brechen im Vorfeld eine Einigung in der Koalition erzwungen werden. Dadurch soll ein dritter Anlauf zur Behandlung im Bundeskabinett ermöglicht werden.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden des BBU erklärt hierzu: „In den vergangenen Tagen haben die FDP und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) versucht, Druck auf die Bundesregierung und die CDU/CSU-Fraktion auszuüben. FDP und BDI sehen offensichtlich nur geringe Chancen, dass das Fracking-Recht nach der Bundestagswahl verabschiedet wird und greifen nach dem letzten Strohalm. Viele CDU/CSU-Politiker haben in den letzten Wochen jedoch deutlich gemacht, dass sie den Rechtsänderungsentwürfen nicht zustimmen wollen. Dieser Widerstand soll nun gebrochen werden. Wir appellieren an alle kritischen Unionsabgeordneten, ihre Position nicht aufzugeben und die Einführung des Fracking-Rechts weiter zu verhindern. Diese Abgeordneten und nicht die FDP und die Industrie haben die Bevölkerung hinter sich.“

Weitere Hintergrundinformationen zum Thema Fracking unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/19.042.13.html>

Pressemitteilung des BBU vom 29.04.2013.

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/29.04.13.html>

Lärm

Internationaler Tag gegen den Lärm: Fliegenden Lärmquellen Riegel verschieben!

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat am heutigen "Internationalen Tag gegen den Lärm" (24. April) eine Reduzierung des Fluglärms gefordert. "Die Bevölkerung, die im Bereich der Start- und Landebahnen wohnt, aber auch die betroffene Tierwelt an den Flughäfen, muss vor Lärmbelastigungen durch den Fluglärm bestmöglich geschützt werden. Ruhe ist ein wertvolles Gut", so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Der internationale Tag gegen den Lärm findet seit 1998 immer im April statt. Der Tag orientiert sich an dem „International Noise Awareness Day“ in den USA. An dem Aktionstag wird die Öffentlichkeit über Lärm und seine Ursachen sowie dessen Auswirkungen informiert. Bundesweit werden über 150 Aktionen durchgeführt, zudem gibt es in Europa u. a. auch in Österreich, in der Schweiz und in Spanien Aktivitäten gegen den Lärm. Umfassende Informationen zum Thema Fluglärm gibt es u. a. auf folgenden Internetseiten: www.fluglaerm.de, www.flughafen-bi.de.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 24.04.2013.

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/24.04.13.html>

Umweltrecht

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz verurteilt die Klage von Vattenfall gegen den Atomausstieg vor der Internationalen Schiedsgerichtsstelle der Weltbank, ICSID

Bekanntlich hat Vattenfall Europe vor der internationalen Schiedsgerichtsstelle ICSID gegen die Abschaltung seiner beiden Atommeiler Krümmel und Brunsbüttel eine Entschädigungsklage gegen die deutsche Bundesregierung in Höhe von 3,7 Mrd. € angestrengt. Die Klage bezieht sich auf den Ausgleich angeblicher wirtschaftlicher Nachteile gegenüber dem Atomausstiegsgesetz aus dem Jahre 2000. Damit möchte Vattenfall das raschere Abschalten als Folge der Atomkatastrophe von Fukushima verhindern. Bereits 2009 hatte Vattenfall mit einer Klage vor dem ICSID die strikten Umweltschutzauflagen für das Kohlekraftwerk Moorburg verwässert.

Durch bilaterale Abkommen der Bundesrepublik, die auf Betreiben des Wirtschaftsministeriums mit 131 Staaten abgeschlossen wurden, können zukünftig alle gesetzlichen Umweltschutzregelungen von internationalen Konzernen gekippt werden, wenn diese wirtschaftliche Nachteile nachweisen. Die Verfahren der ICSID unterliegen der Geheimhaltung, sind intransparent und widersprechen damit der Rechtssprechung in demokratischen Staaten. Selbst Bundestagsabgeordnete erhalten keine Auskünfte über die Inhalte der Schiedsverfahren, sondern erfahren nur, dass Verfahren dort anhängig sind.

Der BBU sieht große Risiken für den Umweltschutz in den Urteilen der ICSID und verurteilt aktuell die Klage von Vattenfall aufs Schärfste. Der bundesweit tätige Verband sieht insgesamt den Umweltschutz, die demokratische Gesetzgebung und Rechtssprechung in Deutschland durch die Klagemöglichkeit ausländischer Konzerne vor der internationalen Schiedsstelle in Gefahr.

„Für Fracking-Verbote oder den sofortigen Atomausstieg sieht es nun in Deutschland noch düsterer aus, wenn richtungweisende Entscheidungen der Politik mittels der ICSID unterlaufen werden können“ befürchtet Regina Ludewig vom BBU-Vorstand.

Der BBU fordert von der Bundesregierung die Kündigung dieser bilateralen Verträge und die Rückkehr zu transparenten Gerichtsverfahren. „In einer Bürgergesellschaft dürfen nicht Konzerne über Umweltbedrohung und gesundheitliche Gefährdungen der Bevölkerung bestimmen“, betont Regina Ludewig.

Pressemitteilung des BBU vom 18.04.2013.

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/18.04.13.html>

Verkehrspolitik

Gehen als Umwelt- und Gesundheitsschutz - Der BBU unterstützt die Internationale Charta für das Gehen

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) unterstützt die "Internationale Charta für das Gehen". Der Text der Charta wurde von Interessierten aus allen Kontinenten verfasst. Der BBU spricht sich mit seiner Unterstützung für die Schaffung von gesunden, leistungsfähigen und nachhaltigen Städten und Dörfern aus, in denen Menschen gerne zu Fuß gehen. Bei der Charta und der damit verbundenen Kampagne für das Gehen geht es im Einzelnen um Mobilität für alle, gut gestaltete und gepflegte Räume und Plätze, Wegnetzentwicklung, unterstützende Raumplanung, Verkehrssicherheit, Vermeidung von Angsträumen, behördliches Handeln und eine "Kultur des Gehens".

BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz erklärt: "Der BBU sieht in der Internationalen Charta für das Gehen gute Ansätze für die Arbeit von Bürgerinitiativen vor Ort. Als Verband rufen wir daher umwelt- und gesundheitspolitische Initiativen dazu auf, in Städten und Gemeinden für die Ziele der Charta aktiv zu werden."

Die "Internationale Charta für das Gehen" wurde im Rahmen der internationalen "WALK-21-Konferenzen" abgestimmt, die jetzt von Einzelpersonen und Institutionen im Internet unterstützt und unterschrieben werden kann. Den Text der Charta und die Unterschriftenaktion findet man auf der Internetseite des BBU unter "Aktionen", www.bbu-online.de

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 11.04.2013

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/11.04.13.html>

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 03 / 2013, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 07.05.2013. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.